KW 41

Aus der Fraktion

Gregor Golland (CDU) und Dr. Julia Höller (Grüne) zur Aktuellen Stunde
„Wir brauchen eine gesamtdeutsche Lösung zur Drohnenabwehr“

Immer häufiger werden Drohnen in Deutschland gesichtet – auch in Nordrhein-Westfalen. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag am Mittwoch über Gefahren für die kritische Infrastruktur und Konsequenzen aus den Drohnensichtungen diskutiert. Dazu erklären **Gregor Golland**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, und **Julia Höller**, stellvertretende Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion:

Gregor Golland: „Die Gefahr durch Drohnen ist hoch – und sie wird massiv zunehmen. In Deutschland und Europa werden zunehmend Drohnen über Flughäfen, Kraftwerken und Kasernen gesichtet. Wir brauchen klare, rechtlich saubere Einsatzregeln und Zuständigkeiten sowie effektive Mittel zur Aufklärung, Identifizierung und Abwehr von Drohnen. Die Bedrohung beschränkt sich nicht auf einzelne Bundesländer, sondern betrifft ganz Deutschland. Föderale Insellösungen sind keine Lösungen – wir brauchen eine gesamtdeutsche Lösung auf Bundesebene. Die Mittel dazu hat zum Beispiel die Bundeswehr. Es geht um Radarsysteme, elektronischen Kampf, Laser- und Rohrwaffensysteme sowie Abwehrdrohnen. Wir müssen Landesverteidigung, Bevölkerungs- und Infrastrukturschutz als Einheit betrachten. Die Bedrohung und Abwehr von Drohnen muss einheitlich und effektiv organisiert werden. Unsere Sicherheit ist und bleibt die Voraussetzung für unsere Freiheit.“

Julia Höller: „Wir stehen in Deutschland vor einer neuen sicherheitspolitischen Realität. Drohnen sind Werkzeuge der hybriden Kriegsführung und werden eingesetzt, um Unsicherheit zu verbreiten. Sie zielen wie auch Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und Sabotageakte auf unser Land und unsere Freiheit. Wir brauchen in der Drohnenabwehr klare und rechtssichere Zuständigkeiten, einen echten Schutz von kritischer Infrastruktur, mobile Einheiten der Polizei mit Detektions- und Abwehrtechnik und endlich ein zentrales Lagebild zu hybriden Bedrohungen auf Bundesebene. Der Bund muss dafür dringend die gesetzliche Grundlage schaffen. Hybride Bedrohungen machen an Ländergrenzen nicht halt – sie interessieren sich nicht dafür, wer formal zuständig ist. Drohnen suchen nach Schwachstellen in unserer Gesellschaft. Ob sie diese finden, haben wir in der Hand.“

Claudia Schlottmann (CDU) und Lena Zingsheim-Zobel (Grüne) zur AKS

„Wir investieren Rekordsummen in die Bildung unserer Kinder – in ganz NRW“

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen am Donnerstag mit den Ausgaben für Bildung beschäftigt. Dazu erklären die schulpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Claudia Schlottmann** und **Lena Zingsheim-Zobel**:

Claudia Schlottmann: „Wir leben in herausfordernden Zeiten – das bestreitet niemand. Aber immer von Miseren und Katastrophen zu sprechen, wie das die Opposition heute wieder getan hat, hilft niemandem. Ein Blick in den Rest der Welt zeigt uns, was wahre Katastrophen sind. Die Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen ist es mitnichten: Die Bildung ist der größte Posten in unserem Haushalt für 2026. 43,4 Milliarden Euro investieren wir in Kinder, Kitas, Schulen und Hochschulen – das sind 1,7 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Die Ausgaben sind auf Rekordniveau – und bleiben es. Wir investieren umfangreich in Schulen im Ruhrgebiet. Mit dem Startchancen-Programm fördern wir gemeinsam mit dem Bund Bildungs- und Chancengerechtigkeit, damit Bildungserfolg nicht von der sozialen Herkunft eines Kindes abhängt.
Von den 923 Schulen, die in NRW an dem Programm teilnehmen, liegen allein 384 im Ruhrgebiet. Zu dem Programm gehören Beratung von Schulleitung und Lehrkräften, die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und auch finanzielle Unterstützung. Wir wissen längst, wo besondere Bedarfe bei den Schulen im Ruhrgebiet und in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens liegen und wo wir nachsteuern müssen.“

Lena Zingsheim-Zobel: „Fast ein Viertel des gesamten Landeshaushalts 2026 fließt in schulische Bildung. Trotz enger Haushaltslage wachsen die Ausgaben für schulische Bildung auf 25,7 Milliarden Euro – das sind fast fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Das ist Ausdruck politischer Priorität und kein Zufall. Gerechte Förderung bedeutet, ungleiche Bedingungen gezielt auszugleichen. Wir setzen mit dem Startchancen-Programm daher gezielt an: Schulen mit besonders schwierigen Rahmenbedingungen bekommen zusätzliches Personal und mehr Geld für Entwicklung. Denn wenn ein Kind weniger Chancen hat als ein anderes, ist das kein Naturgesetz, sondern ein Auftrag. Es bleibt viel zu tun – bei der Lehrkräftegewinnung, bei der Digitalisierung, bei der Entlastung der Schulen in besonders schwierigen Lagen. Wir haben aber den richtigen Kurs eingeschlagen und werden diesen weiterverfolgen.”

Gregor Golland (CDU) und Dagmar Hanses (Grüne)

PUA OVG: Skandalöse Grenzüberschreitung von SPD und FDP

In der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Besetzung des OVG (PUA IV) am Dienstag ist bekanntgeworden, dass ein Sachverständiger von SPD und FDP offenbar rechtswidrig mit vertraulichen Informationen versorgt worden ist. Nach eigenen Angaben erhielt er von der Opposition für die Erstellung eines Privatgutachtens vertrauliche Protokolle vorheriger Ausschusssitzungen. Zudem fanden im Vorfeld Videokonferenzen und Absprachen zwischen dem Gutachter und den Abgeordneten Nadja Lüders (SPD) und Dr. Werner Pfeil (FDP) statt. Zur heutigen Sitzung erklären die Sprecher der Fraktionen von CDU und Grünen, **Gregor Golland** und **Dagmar Hanses**:

„Was hier ans Licht gekommen ist, sprengt jedes Maß von Fairness und Rechtsstaatlichkeit. SPD und FDP haben ganz offensichtlich gegen die Regeln des Parlaments und womöglich auch gegen geltendes Recht verstoßen und den Untersuchungsausschuss für ihre parteipolitischen Zwecke missbraucht. Abgeordnete haben Geheimhaltungsregeln des PUA verletzt. Das ist ein handfester Skandal. Wer auf diese Weise interne Informationen weitergibt und vertrauliche, geschützte Abläufe sabotiert, beschädigt nicht nur den Ausschuss, sondern das Vertrauen in die parlamentarische Arbeit insgesamt.“

Heike Wermer (CDU) und Frank Jablonski (Grüne)

„Wir stärken wichtige Orte der kulturellen Bildung“

Soziokulturelle Zentren schaffen Räume für Begegnung, künstlerische Praxis und kulturelle Teilhabe – gerade auch in ländlichen Regionen und strukturschwachen Gebieten. Sie stärken Demokratie, Integration und soziale Gerechtigkeit. Um ihre Arbeit anzuerkennen und zu stärken, haben die Fraktionen von CDU und Grünen am Mittwoch einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Dazu erklären **Heike Wermer**, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, und **Frank Jablonski**, Sprecher für Kulturpolitik der Grünen Landtagsfraktion:

Heike Wermer: „Soziokulturelle Zentren leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Mit unserem Antrag stellen wir sicher, dass diese wichtigen Orte der kulturellen Bildung gestärkt und zukunftsfest gemacht werden. Uns ist es ein besonderes Anliegen, jungen Menschen den Zugang zu Kultur zu erleichtern, Projekte zwischen den verschiedenen Generationen zu fördern und die Vielfalt der Angebote sichtbar zu machen. Gleichzeitig setzen wir uns für mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie für die Einrichtungen ein. Damit stärken wir nicht nur die kulturelle

Infrastruktur, sondern auch Zusammenhalt, Demokratie und gesellschaftliche Integration in Nordrhein-Westfalen.“

Frank Jablonski: „Soziokulturelle Zentren verbinden die Menschen in NRW, schaffen Nähe, regen zum Austausch an und bauen Zusammenhalt auf. Unsere soziokulturellen Zentren bieten niedrigschwellige Kulturangebote für alle Menschen in unserem Bundesland an – unabhängig von Geldbeutel, Alter, Wohnort oder Herkunft. Mit unserem Antrag unterstützen wir die soziokulturellen Zentren bei ihrer wichtigen Arbeit, vereinfachen und festigen die Förderstruktur und machen die soziokulturelle Infrastruktur in NRW zukunftsfest.“

Angela Erwin (CDU) und Dagmar Hanses (Grüne)

„Wir sorgen für mehr und bessere Praktikumsplätze in der Justiz“

Die Justiz in Nordrhein-Westfalen steht vor der Herausforderung, qualifizierten Nachwuchs für sich zu gewinnen. Die Fraktionen von CDU und Grünen haben am Donnerstag einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Möglichkeiten für Praktika in der Justiz verbessern soll. Dazu erklären **Angela Erwin**, rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, und **Dagmar Hanses**, Sprecherin für Rechtspolitik der Grünen Landtagsfraktion:

Angela Erwin: „Praktika sind häufig der Start für einen erfolgreichen Berufseinstieg– sie geben Orientierung, wecken Interesse und eröffnen berufliche Möglichkeiten. Mit unserem Antrag sorgen wir dafür, dass es mehr, bessere und attraktivere Praktikumsplätze in der Justiz gibt. So können junge Menschen frühzeitig Erfahrungen sammeln und ihren Weg in spannende Ausbildungs- und Studiengänge finden – vom Justizvollzug bis zur Rechtspflege. Damit stärken wir die Justiz von morgen und sichern die Leistungsfähigkeit des Rechtsstaats für unser Land."

Dagmar Hanses: „Wir öffnen die Türen der Justiz für die nächste Generation. Wer sich für Recht und Demokratie interessiert, soll nicht an Hürden scheitern. Daher werden wir den Zugang zu Praktikumsplätzen in Gerichten, Staatsanwaltschaften und dem Justizvollzug erleichtern. Wir werden unter anderem Schulpartnerschaften und Besuchsprogramme ausbauen, die Kooperation mit weiterführenden Schulen aller Schulformen verbessern und standardisierte Praktikumsprogramme entwickeln. Damit setzen wir ein starkes Zeichen für Bildungsgerechtigkeit und Nachwuchsförderung.“

Angela Erwin, Dagmar Hanses und Volkhard Wille

„NRW leistet Pionierarbeit gegen Umweltkriminalität"

Im November 2023 hat die Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen (ZeUK NRW) ihre Arbeit aufgenommen. Die schwarz-grüne Koalition hatte ihre Einrichtung beschlossen, um überregional vernetzt und mit Expertise zu Gift- wie Schadstoffen schlagkräftig gegen Umweltkriminelle vorzugehen. In den vergangenen zwei Jahren haben die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erfolgreich in zahlreichen Fällen der organisierten Kriminalität ermittelt. Dazu erklären **Angela Erwin**, rechtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Dagmar Hanses**, Sprecherin für Rechtspolitik der Grünen Fraktion, und ihr Fraktionskollege **Volkhard Wille**, Sprecher für Natur- und Umweltschutz:

Angela Erwin: „Organisierte Kriminalität trifft bei uns auf Null Toleranz – das zeigt die Landesregierung deutlich: Wer gegen das Gesetz verstößt, muss mit konsequenter Strafverfolgung rechnen. Die Einrichtung der Zentralstelle für die Verfolgung von Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen setzt dieses Prinzip eindrucksvoll um. Mit der ZeUK NRW setzen wir ein klares Zeichen: Umwelt- und Ressourcenschutz sind keine Nebenschauplätze, sondern Kernaufgaben eines modernen Rechtsstaates. Die Zentralstelle zeigt, was möglich ist, wenn Kompetenz, Entschlossenheit und Zusammenarbeit Hand in Hand gehen. Dass sich diese Einrichtung in kurzer Zeit zu einer der führenden Institutionen Europas entwickelt hat, ist Ausdruck der hervorragenden Arbeit unserer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Dortmund. Nordrhein-Westfalen steht damit für eine konsequente und zukunftsorientierte Strafverfolgung, die Umweltkriminalität dort trifft, wo sie entsteht – organisiert, international und skrupellos.“

Dagmar Hanses und **Volkhard Wille**: „Die Zentralstelle Umweltkriminalität ist ein Meilenstein für den Rechtsstaat und den Schutz unserer Umwelt. Zu den jüngsten Erfolgen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zählt ein großangelegter Einsatz gegen ein kriminelles Netzwerk, das tonnenweise belastete Böden illegal entsorgt haben soll. Mit der Bündelung von juristischer, technischer und naturwissenschaftlicher Expertise leistet NRW Pionierarbeit und setzt bundesweit Maßstäbe in der Bekämpfung des milliardenschweren Feldes der Umweltkriminalität. Gleichzeitig ist es enorm wichtig, dass die Bundesregierung die EU-Richtlinie zur Umweltkriminalität schnellstmöglich umsetzt, damit bestehende rechtliche Lücken zeitnah geschlossen werden. Gerade für die vielen Unternehmen, die sich gesetzeskonform verhalten, ist es essenziell, dass das illegale Handeln gestoppt wird. Es darf nicht sein, dass Kriminelle mit günstigeren Angeboten auf Kosten der Allgemeinheit durchkommen.”

Aus der Landesregierung

Nordrhein-Westfalen setzt Photovoltaik-Offensive fort und öffnet erneut Förderung für Freiflächen-PV

Ministerin Neubaur: Starkes Signal für den weiteren Aufschwung der Solarenergie im Land, die wir bis 2030 verdoppeln wollen

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die installierte Leistung aus Freiflächen-Photovoltaik (PV) in Nordrhein-Westfalen um etwa 60 Prozent gesteigert. Um diese Dynamik weiter aufrecht zu erhalten, unterstützt das Land über das Förderprogramm „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ erneut den Ausbau entsprechender Anlagen. Insgesamt stehen dafür ab sofort bis zum Ende des Jahres rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Gerade für Unternehmen bietet Freiflächen-PV eine attraktive Möglichkeit, die Strombezugskosten signifikant zu senken und gleichzeitig mehr Planungssicherheit bei den Energiekosten zu gewinnen. Bei Agri-PV und Floating-PV können zudem landwirtschaftliche Flächen oder Gewässer weiter genutzt werden.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Die Wiedereröffnung der Förderung für Freiflächen-Photovoltaik ist ein starkes Signal für den weiteren Aufschwung der Solarenergie in Nordrhein-Westfalen, für den wir uns ambitionierte Ziele gesetzt haben. Aktuell ist Freiflächen-Photovoltaik die günstigste Stromerzeugungsart in Deutschland: Sie spielt deshalb eine Schlüsselrolle und bietet die Möglichkeit, Strom- und Betriebskosten deutlich zu senken. Mit der Förderung erhalten Unternehmen die Möglichkeit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und einen wichtigen Beitrag zur Energiewende zu leisten.“

Gefördert werden Agri-PV-Anlagen sowie Floating-PV-Anlagen mit einer Förderquote von bis zu 25 Prozent. Klassische Freiflächen-Anlagen erhalten eine Förderung bis zu 20 Prozent der Investitionskosten. Zusätzlich werden Beratungsleistungen zur Planung und Umsetzung von Freiflächen-PV mit bis zu 70 Prozent der Ausgaben gefördert.

Freiflächen-Solarenergie in Nordrhein-Westfalen nimmt weiter Fahrt auf
In den Jahren 2023 und 2024 konnten in Nordrhein-Westfalen rund 280 Megawatt (MW) Leistung aus Freiflächen-Photovoltaik installiert werden – ein Plus von etwa 60

Prozent. Allein in den ersten acht Monaten 2025 wurden bereits weitere 125 MW neu installiert. Damit sind derzeit mehr als 1.300 Freiflächen-PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 888 MW in Nordrhein-Westfalen in Betrieb. Das Wirtschaftsministerium hat den Ausbau in den vergangenen zwölf Monaten bereits mit weiteren rund 20 Millionen Euro Fördermitteln unterstützt. Hinzu kommen die Erweiterung der Flächenkulisse im Landesentwicklungsplan, der Ausbau des Solarkatasters NRW und die Kampagne „Freiflächen-PV in NRW“.

In der Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen hat sich das Land auf einem ambitionierten Ausbaupfad festgelegt: Geplant ist die installierte Leistung von Photovoltaik auf mindestens 21 Gigawatt bis 2030 mehr als zu verdoppeln.

Gesundheitspreis 2025: Land sucht wegweisende Projekte zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

Ausschreibung für den diesjährigen Gesundheitspreis veröffentlicht – Initiativen und Projekte können sich bis zum 30. November bewerben

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Der Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen steht in diesem Jahr unter dem Motto „Digitalisierung im nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen sinnvoll und sicher ausbauen“. Ab sofort werden wegweisende Initiativen und kreative Projekte gesucht, die zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung beitragen.

„Unser Ziel ist es, allen Menschen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung anzubieten – unabhängig von ihrem Wohnort. Telemedizin und der Einsatz von KI können die Versorgung ergänzen, wie zum Beispiel mit innovativen Teletherapie-Systemen, die Angebote per App und Sensorik direkt nach Hause bringen. Für Regionen mit eingeschränktem Zugang zur Versorgung kann die Therapie so flexibel und ortsunabhängig stattfinden“, erklärt Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. „Daher ist die Digitalisierung im Gesundheitswesen für mich ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung und Pflege.“

Die Ausschreibung wendet sich an Projekte, bei denen Künstliche Intelligenz (KI) oder telemedizinische Angebote angewendet werden, beispielsweise um Fachkräfte im Gesundheitswesen bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Bewerben können

sich außerdem Projekte, bei denen Fachkräfte im Gesundheitswesen oder Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit digitalen Technologien geschult werden sowie innovative Maßnahmen, die einen Beitrag zum verbesserten Schutz vor IT-Ausfällen oder Cyberangriffen bieten.

Der Gesundheitspreis 2025 richtet sich an alle Verbände, Institutionen, Initiativen und Fachleute, die in der Gesundheitsversorgung arbeiten und ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Die herausragenden Projekte werden im kommenden Jahr ausgezeichnet.

Die Ausschreibung ist abrufbar unter www.gesundheitspreis.nrw.de

Kunstpreis des Landes Nordrhein-Westfalen 2025 geht an Autor Ralf Rothmann

Ministerpräsident Wüst: Ein außergewöhnlicher Schriftsteller und Meister der Gegenwartsliteratur

Die Landesregierung teilt mit:

Mit dem Kunstpreis des Landes Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr der Autor Ralf Rothmann ausgezeichnet. Der in Oberhausen aufgewachsene Schriftsteller überzeugte die Jury um Kulturministerin Ina Brandes mit seinem herausragenden Werk, das in Romanen und Kurzgeschichten immer wieder auf die prägenden Jugendjahre im Ruhrgebiet Bezug nimmt. Der Kunstpreis Nordrhein-Westfalen würdigt herausragende Leistungen zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler und ist mit 25.000 Euro dotiert.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Ralf Rothmann ist ein außergewöhnlicher Schriftsteller und Meister der Gegenwartsliteratur. Seine Kindheit und Jugend im Ruhrgebiet prägen sein Werk bis heute – sie spiegeln Klarheit, Härte und tiefe Zuneigung zu den Menschen und der Region. Zwischen Zeche, Pommesbude und Stadion hat Ralf Rothmann die Vergangenheit des Ruhrgebiets eingefangen – präzise, subtil und zutiefst bewegend. Seine klare Sprache und die intensive Auseinandersetzung mit historischer Schuld und moralischer Verantwortung haben ihm auch international Anerkennung und Erfolg sowie zahlreiche Auszeichnungen eingebracht. Ich freue mich sehr, Ralf Rothmann für sein beeindruckendes literarisches Schaffen mit dem Kunstpreis 2025 auszuzeichnen.“

Kulturministerin Ina Brandes: „Ralf Rothmann kennt die Menschen, die Orte und den Umgang miteinander im Ruhrgebiet. Und so trifft er in jeder Zeile den Ton, der das Ruhrgebiet ausmacht und einzigartig liebenswert macht. Gleichzeitig gelingt es ihm, mit Erzählungen aus der Zeit seiner Eltern-Generation auch die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte in Erinnerung zu rufen. Ralf Rothmann ist ein bedeutendes Aushängeschild für die Literaturlandschaft Nordrhein-Westfalens."

Der 1953 in Schleswig geborene Schriftsteller Ralf Rothmann wuchs die ersten fünf Lebensjahre auf dem Land in Norddeutschland auf. Dann zog seine Familie ins Ruhrgebiet, wo sein Vater unter Tage als Kohlenhauer arbeitete. Nach der Schule absolvierte Ralf Rothmann eine Maurerlehre, arbeitete unter anderem auf dem Bau, als Drucker, Krankenpfleger und Koch. Seit 1976 lebt Ralf Rothmann in Berlin und veröffentlicht Romane, Erzählungen und Gedichte, für die er vielfach ausgezeichnet wurde.

Seit seinen frühen Ruhrgebiets-Romanen – „Stier" (1991), „Wäldernacht" (1994), „Milch und Kohle" (2000) und „Junges Licht" (2004) – ist Rothmanns Werk seinen eigenen Worten nach „autobiografisch getönt". Der Roman „Junges Licht" wurde 2016 von Adolf Winkelmann verfilmt. 2024 brachte das Theater Oberhausen den Roman „Milch und Kohle" auf die Bühne. In der ebenfalls viel beachteten Kriegs- und Nachkriegs-Trilogie der Romane „Im Frühling sterben" (2015), „Der Gott jenes Sommers" (2018) und „Die Nacht unterm Schnee" (2022) spürt Rothmann den Kriegserlebnissen seiner Eltern nach und beschäftigt sich mit der Frage, wie das Schweigen über das Erlebte die Familien prägt.

Neben dem Kunstpreis verleiht die Landesregierung jährlich den mit je 15.000 Euro dotierten Förderpreis für Künstlerinnen und Künstler jeweils in den fünf Sparten Baukunst, Darstellende Künste, Literatur, Musik und Visuelle Künste.

Im Jahr 2025 erhalten die Auszeichnung:

- In der Sparte Baukunst: oba architektur - Marcello Bramigk Bonon und John Paul Kaufel
- in der Sparte Darstellende Künste: Prof. Caspar Weimann
- in der Sparte Literatur: Lena Schätte
- in der Sparte Musik: das Kammerorchester Les Essences

- in der Sparte Visuelle Künste: Emmélie Lempert

Ministerin Ina Brandes: „Der Förderpreis steht für die reiche, vielseitige Kunstszene Nordrhein-Westfalens, auf die wir stolz sind. Die Jury war begeistert vom Talent und der Originalität der Kunstschaffenden. Die Ehrung des Landes Nordrhein-Westfalen ist zugleich Auszeichnung und Ansporn, das Publikum auch in Zukunft mit kreativen Ideen und spektakulärer Kunst zu begeistern."

Der Kunstpreis Nordrhein-Westfalen würdigt herausragende Leistungen zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler und ist mit 25.000 Euro dotiert. Er wird in diesem Jahr zum fünften Mal verliehen. Erste Preisträgerin war 2021 die Bildende Künstlerin Mary Bauermeister. Weitere Preisträgerinnen und Preisträger der vergangenen Jahre: der Bühnenbildner und Regisseur Johannes Schütz, Helge Schneider und die Fotografin Ursula Schulz-Dornburg. Der Kunstpreis Nordrhein-Westfalen wird an bedeutende Kunstschaffende oder Künstlerkollektive mit Beziehung zum Land Nordrhein-Westfalen verliehen.

Kulturministerin Ina Brandes, die der Jury vorsitzt, hat fünf Expertinnen und Experten der Sparten Baukunst, Musik, Literatur, Darstellende Kunst und Visuelle Künste in das Gremium berufen: die Rektorin der Düsseldorfer Kunstakademie, Prof. Dr. Donatella Fioretti, den Komponisten und Oscar-Preisträger Volker Bertelmann (Hauschka), den Autor, Journalisten und Kurator Florian Illies, den Gründer der Pina Bausch Foundation Salomon Bausch sowie die Bildende Künstlerin Anys Reimann.

Ministerpräsident Hendrik Wüst und Kulturministerin Ina Brandes werden den Kunstpreis und die fünf Förderpreise am 17. November 2025 im K21, Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, verleihen.

Dies sind die Förderpreisträgerinnen und -träger im Jahr 2025:

<u>Baukunst: oba architektur, Marcello Bramigk Bonon und John Paul Kaufel</u>
Das Architekten-Duo Marcello Bramigk Bonon (1991) und John Paul Kaufel (1990) lebt und arbeitet in Köln. „oba" – kurz für „Orte begegnen Alltag" und zugleich ein Ausruf der Freude – steht für ihr Ziel, Architektur als Instrument einzusetzen, um Menschen zu verbinden und Lebenswelten zu verbessern. Marcello Bramigk Bonon und John Paul Kaufel sind beide in der Lehre engagiert.

Darstellende Künste: Prof. Caspar Weimann

Prof. Caspar Weimann (Jahrgang 1991) hat das Internettheater „onlinetheater.live“, zahlreiche intermediale Projekte sowie digitale und hybride Theaterstrategien zu Theater im Netz mitinitiiert. Dazu zählt das in Zusammenarbeit mit dem Düsseldorfer Freien Forum Theater FFT entstandene Projekt „Myke“, das für den Theaterpreis Der Faust 2025 nominiert wurde. Über die künstlerische Arbeit hinaus setzt sich Caspar Weimann mit einer Honorarprofessur und Mentoren-Tätigkeit für Schauspiel an der ADK Baden-Württemberg für die Zukunft des Theaters ein.

Literatur: Lena Schätte

Lena Schätte (Jahrgang 1993) lebt in Lüdenscheid. Ihr Debüt-Roman „Ruhrpottliebe“ erschien 2014 in einem Kleinstverlag (Marlon). Sie arbeitete als Psychiatriekrankenschwester im Ruhrgebiet, bis sie 2020 ein Studium des Literarischen Schreibens am Deutschen Literaturinstitut Leipzig aufnahm. Heute betreut sie suchtkranke Menschen in Lüdenscheid. Mit ihrem zweiten Buch schaffte sie den Sprung in einen großen Publikumsverlag: „Das Schwarz an den Händen meines Vaters“ erschien bei S. Fischer, wurde mit dem W.-G.-Sebald-Literaturpreis ausgezeichnet und auf die Longlist zum Deutschen Buchpreis 2025 aufgenommen.

Musik: Kammerorchester Les Essences

Das Orchester Les Essences wurde im Jahr 2009 vom deutsch-türkischen Geiger Önder Baloglu (Jahrgang 1988) zunächst als Streichquartett gegründet. In kürzester Zeit entwickelte es sich als bedeutendes Kammerorchester in der Musikszene Deutschlands und Europas. Das Ensemble hat eine eigene Konzertreihe als Plattform für hochkarätige Aufführungen und interkulturelle Begegnungen im Ruhrgebiet etabliert, die Musikerinnen und Musiker aus vielen Nationen vereint. Das Orchester Les Essences arbeitet mit renommierten Künstlern wie Anastasia Kobekina, Fazil Say, Reinhard Goebel und dem Chorwerk Ruhr zusammen.

Visuelle Künste: Emmélie Lempert

Die in Bonn geborene Emmélie Lempert (Jahrgang 1998) hat in der Klasse von Peter Piller an der Kunstakademie Düsseldorf studiert. Zuletzt stellte sie im Rahmen von Die Große Kunstausstellung NRW 2025 in Düsseldorf sowie in der Galerie Philipp Anders in Leipzig aus. Emmélie Lempert beschäftigt sich mit Körperbildern: In Textilien und Installationen reflektiert sie zentrale Themen unserer Zeit.

Ministerin Scharrenbach: Digitales Bauen und Planen für Kommunen auf einen Klick

Nordrhein-Westfalen startet BIM-Wissensplattform

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung teilt mit:

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung startet unter www.bauportal.nrw/bim-wissen/bim-is-win am Mittwoch, 8. Oktober 2025, eine Wissensplattform für digitales Planen und Bauen nach der Methode „Building Information Modeling“ (BIM). Mit der BIM-Wissensplattform auf dem Bauportal Nordrhein-Westfalen unterstützt das Ministerium insbesondere nordrhein-westfälische Kommunen praxisnah und niedrigschwellig dabei, die BIM-Methode einzuführen und anzuwenden.

Beim „Building Information Modeling“ wird ein dreidimensionales digitales Abbild des realen Gebäudes erstellt. Alle technischen Informationen zum Gebäude sind in Sekunden mit einem Tablet abrufbar. Durch die computergestützte Erweiterung der Realität kann man noch in den kommenden Jahren exakt sehen, wo welche Leitung verlegt worden ist – ohne umständlich Baupläne heranzuziehen. Reparaturen und Wartungen können viel schneller durchgeführt werden.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: „Auf einen Klick gibt es auf der BIM-Wissensplatform Nordrhein-Westfalen für Kommunen jetzt digitales Bauen und Planen. Richtig eingesetzt ermöglicht BIM, dass Bauprojekte schneller, kostengünstiger und nachhaltiger umgesetzt werden. So kann mehr bezahlbarer Wohnungsbau geschaffen und der Bestand fachgerecht saniert werden. Die neue BIM-Wissensplattform macht Kommunen durch verständlich aufbereitetes Wissen fit für die erfolgreiche BIM-Einführung. Von den Grundlagen über Praxisbeispiele bis zum Deep Dive finden Kommunen gebündeltes Wissen auf einer zentralen Plattform. Einfach, digital, praxisnah – gemeinsam machen wir die nordrhein-westfälischen Kommunen BIM-ready.“

Die Einführung von BIM verändert grundlegend, wie Kommunen Gebäude planen, bauen und betreiben. Um die Vorteile von BIM zu nutzen, müssen Kommunen ihre Prozesse anpassen, neue Anforderungen umsetzen und Know-how aufbauen. Genau hier setzt die digitale Wissensplattform an: Sie bündelt Wissen, gibt Orientierung und unterstützt Kommunen dabei, fit zu werden für den erfolgreichen Einsatz von BIM.

Herzstück der Plattform sind die interaktiven Anwendungen, mit denen Nutzerinnen und Nutzer ihren Wissensstand gezielt einschätzen und verbessern können. Mit dem sogenannten Quick-Check erhalten sie in wenigen Minuten einen ersten Überblick über ihren Wissensstand, das Self-Assessment ermöglicht eine vertiefte Analyse. Über den BIM-Scout lassen sich anhand der eigenen Projektziele passende Anwendungsbeispiele identifizieren. So wird der Weg in die BIM-Praxis bedarfsgerecht und individuell gestaltet.

Die Plattform wurde im Rahmen der vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung geförderten Schulungsreihe „Kommunal: BIMsprint NRW“ an der Bergischen Universität Wuppertal konzipiert. Gemeinsam mit nordrhein-westfälischen Kommunen wurden die Anforderungen an eine praxisnahe Wissensplattform umfassend analysiert und anschließend vom Ministerium in der neuen BIM-Wissensplattform umgesetzt.

Hintergrund

- BIM ermöglicht es nordrhein-westfälischen Kommunen, ihre bau- und wohnungspolitischen Ziele effektiver umzusetzen. Eine flächendeckende Anwendung von BIM vereinheitlicht und beschleunigt Arbeitsprozesse.

- Richtig eingesetzt, kann BIM dabei helfen, den CO2-Fußabdruck sowohl bei der Herstellung als auch beim Betrieb von Gebäuden dauerhaft zu senken.

Schutz vor besonders giftigen Tieren bleibt bestehen: Landesregierung entfristet Gifttiergesetz

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Wer ein Tier hält oder betreut, muss es artgerecht und seinen Bedürfnissen entsprechend ernähren, pflegen und unterbringen. In Nordrhein-Westfalen werden im Regelfall tierfreundlich und verantwortungsbewusst viele Hunde, Katzen, Pferde und kleine Heimtiere wie Meerschweinchen, Kaninchen und Hamster gehalten, um nur die beliebtesten Hobby-Tierarten aufzuzählen. Allerdings gibt es auch Halterinnen und Hal-

ter von besonders giftigen Tieren, darunter bestimmte gefährliche Schlangen, Skorpione und Spinnen. Zum Schutz der Bevölkerung ist in Nordrhein-Westfalen die Haltung von besonders giftigen Tieren in Privathand schon seit 2021 über das bislang zeitlich befristete Gifttiergesetz verboten und nur Personen erlaubt, welche diese Tiere bereits vor Inkrafttreten des Gifttiergesetzes gehalten haben. Weil sich dieses Gesetz aus Sicht der Landesregierung bewährt hat und sich seitdem auch Privathaltungen von giftigen Tieren in Nordrhein-Westfalen verringern, soll das Gesetz entfristet werden und in einer leicht überarbeiteten Form dauerhaft gelten. Einen entsprechenden Entwurf hat die Landesregierung jetzt in den Landtag zur Verabschiedung eingebracht.

Ministerin Silke Gorißen: „Zum Schutz der Menschen in Nordrhein-Westfalen sorgen wir dafür, dass die Neuanschaffung von Giftschlangen, Skorpionen oder Spinnen, die aufgrund ihrer Giftwirkung zu einer großen Gefahr für Menschen werden können, gesetzlich verboten bleibt. Mit dem Gifttiergesetz haben wir eine effektive Rechtsgrundlage, um bestehende Privathaltungen zu regulieren und auch illegale Haltungen zu beenden. Es hat sich gezeigt, dass wir dieses Gesetz weiterhin brauchen. Daher wird es nun entfristet und soll dauerhaft Geltung haben."

Neues Gifttiergesetz: Neuanschaffungen von Gifttieren dauerhaft nicht mehr möglich

Bislang ist das Gifttiergesetz in seiner Geltung bis zum 31. Dezember 2025 befristet. Der neue Gesetzesentwurf sieht vor, dass es weiterhin und ohne zeitliche Befristung verboten ist, sich sehr giftige Tiere zur privaten Haltung anzuschaffen. Auf diese Weise soll das Entstehen neuer Gefahrenquellen verhindert werden.

Der neue Gesetzentwurf nimmt des Weiteren noch einige weitere Anpassungen vor: So soll nun beispielsweise auch geregelt werden, wie mit Gifttieren aus einem Erbe umzugehen ist, wenn diese zuvor in einer legalen Gifttierhaltung untergebracht waren. Außerdem wird die Rechtsgrundlage für die Wegnahme und Unterbringung von Gifttieren weiter konkretisiert.

Nur wer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des ursprünglichen Gifttiergesetzes am 1. Januar 2021 bereits Gifttiere gehalten hat und seinen Bestand bis zum 30. Juni 2021 angemeldet hat, darf die private Haltung unter bestimmten Bedingungen fortsetzen.

Gifttiergesetz schafft Überblick über bestehende Privathaltungen

Im Zuge der ab 2021 eingetretenen Meldepflicht verfügt das Land Nordrhein-Westfalen erstmals über belastbare Daten über die Zahl und Größe legaler Gifttierhaltungen in Nordrhein-Westfalen. So haben im Jahr 2021 während des ersten Halbjahres 226 Personen ihre private Gifttierhaltung bei den zuständigen Behörden angezeigt. Dabei wurde ein Gifttierbestand von insgesamt 4.589 Gifttieren festgestellt. Zum 1. Oktober 2025 belief sich die Zahl legaler Gifttierhaltungen in Nordrhein-Westfalen auf noch 169 mit einem Bestand von 3.740 Tieren. Den größten Teil der legal gehaltenen Tiere machen dabei Schlangen aus. Seit dem Inkrafttreten des Gifttiergesetzes hat das Landesamt für Verbraucherschutz und Ernährung (LAVE) 20 illegale Gifttierhaltungen aufgedeckt. Die Daten belegen zudem, dass private Gifttierhaltungen in der Regel aus einer Vielzahl von Tieren bestehen.

Hintergrund zum Gifttiergesetz
Mit der ursprünglichen Einführung des Gifttiergesetzes reagierte das Land Nordrhein-Westfalen auf Vorfälle wie im August 2019 in Herne, als eine entwischte Monokel-Kobra für einen mehrtägigen und aufwändigen Einsatz der Behörden sorgte, bei dem ein Mehrfamilienhaus evakuiert werden musste. Das Risiko, bei einem Biss von sehr giftigen Tieren erheblich verletzt oder sogar getötet zu werden, ist hoch. Die private Haltung birgt also nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben von Gifttierhaltern, sondern für eine Vielzahl weiterer Personen. Denn das Wiederauffinden der betroffenen Gifttiere ist im Falle ihres Entweichens aus Privatwohnungen aufgrund ihrer geringen Größe und hohen Beweglichkeit schwierig.

Mehr Informationen zum Gifttiergesetz auf der Internetseite des Landesamts für Ernährung und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen: https://www.lave.nrw.de/themen/tiere/gifttiere

Zehn Jahre NRW-Zentrum für Talentförderung: Zehntausende junge Menschen haben vom Turbo für Talente profitiert

Das bundesweit größte Programm für Chancengerechtigkeit wurde inzwischen von anderen Ländern übernommen

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft und das Ministerium für Schule und Bildung teilen mit:

615 Schulen sind schon dabei – und es sollen im nächsten Jahr noch mehr werden. Das NRW-Zentrum für Talentförderung der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen ist mit seinen Angeboten im ganzen Land vertreten und hat sich zum bundesweit größten Programm für mehr Chancengerechtigkeit entwickelt. 110 Talentscouts und 27 Hochschulen sorgen derzeit dafür, dass Schülerinnen und Schüler nach dem Schulabschluss eine Ausbildung oder ein Studium finden, das ihren Fähigkeiten, Neigungen und Talenten am besten entspricht. Das NRW-Zentrum für Talentförderung hat sich weit über Nordrhein-Westfalen hinaus einen Namen gemacht und im vergangenen Jahrzehnt zehntausende junge Menschen bei ihrem Weg von der Schule in Ausbildung und Beruf unterstützt. Am Dienstag, 7. Oktober 2025, feierte das Talentzentrum seinen zehnten Geburtstag mit 500 Gästen in der Heilig-Kreuz-Kirche in Gelsenkirchen.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Zehntausende Schülerinnen und Schüler haben inzwischen vom Talentscouting profitiert und die Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gestellt. Der große Erfolg des Programms: Jugendliche ohne akademischen Familienhintergrund nehmen häufiger ein Studium auf; Jugendliche aus Akademiker-Familien entscheiden sich häufiger für eine duale Ausbildung. Die Folgen sind weniger Studienabbrüche und höhere Zufriedenheit mit Ausbildung oder Studium. Davon profitieren sowohl die Jugendlichen als auch der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, der qualifizierte Fachkräfte braucht. Das NRW-Zentrum für Talentförderung belegt eindrucksvoll, dass eine gute Ausbildung keine Frage des Wohnortes oder der Herkunft ist.“

Schulministerin Dorothee Feller: „Schule und Gesellschaft insgesamt sind aktuell mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Umso wichtiger ist es, dass wir als Schulministerium starke Partner wie das NRW-Zentrum für Talentförderung haben. Dass mittlerweile über 1.000 Schulen in den verschiedenen Förderprogrammen mit dem Zentrum und den angeschlossenen Partnerorganisationen kooperieren, ist ein zentraler Schlüssel zur Verwirklichung von mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Das NRW-Talentzentrum ermöglicht eine individuelle Förderung junger Menschen, hilft ihnen bei der gezielten Entwicklung ihrer Fähigkeiten und macht ihnen Mut, eigene Wege zu gehen. Wir sind sehr froh über diese Bereicherung unserer Bildungslandschaft.“

Prof. Dr. Bernd Kriegesmann, Präsident der Westfälischen Hochschule: „Die Ursachen für ungleiche Bildungschancen und die gravierenden Folgen für die alternde

Gesellschaft sind hinlänglich bekannt. Erheblicher Nachholbedarf besteht hingegen bei der professionellen Organisation von wirksamen Gegenmaßnahmen. Wir haben uns ganz bewusst dazu entschieden, Talentförderung in einer eigenständigen Organisationseinheit zu verankern, um das volle Potenzial der Programme zu entfalten. Talentförderung kann für Hochschulen zu einem echten Innovationsimpuls werden, der erhebliche Effekte für Chancengerechtigkeit, Teilhabe und erfolgreiche Bildungswege entfaltet."

Hilke Birnstiel, Leiterin des NRW-Zentrums für Talentförderung: „Die Arbeit des NRW-Zentrums für Talentförderung zeigt: Mehr Chancengerechtigkeit lässt sich in erheblichem Umfang und unter aktiver Beteiligung der Hochschullandschaft systematisch organisieren. Wir freuen uns über das anhaltend große Interesse der jungen Menschen – und ebenso über die zahlreichen Partner, mit denen wir konstruktiv an der Weiterentwicklung von Strukturen und Prozessen arbeiten. Denn es gibt noch viele Talente in unserem Land, für die es sich zu engagieren lohnt."

Laut einer Langzeitstudie, die das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung seit 2017 durchführt, verhilft das Talentscouting zu einer individuell passgenauen Ausbildungswahl und hat so einen positiven Einfluss auf die Chancengerechtigkeit: Jugendliche ohne akademischen Familienhintergrund nehmen im Talentscouting-Programm häufiger ein Studium auf; Jugendliche aus Akademiker-Familien entscheiden sich im Talentscouting-Programm häufiger für eine duale Ausbildung. Beide Effekte verringern – zusammengenommen – die Chancenungleichheit beim Hochschulzugang um über 70 Prozent. Zudem bricht das Talentscouting die geschlechtstypische Berufswahl auf. Der Anteil der Studierenden in einem geschlechtsuntypischen Studiengang verdoppelt sich im Talentscouting-Programm. So nehmen junge Frauen häufiger ein MINT-Studium und junge Männer häufiger ein Lehramtsstudium auf.

Das NRW-Zentrum für Talentförderung der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen hat sich seit der Gründung vor zehn Jahren zur zentralen Plattform für Talentförderung in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Neben dem landesweiten Ausbau des Talentscoutings werden hier weitere innovative Formate umgesetzt, etwa das Schülerstipendienprogramm NRWTalente oder die TalentKollegs Ruhr. Mit NRWTalente werden besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ab der 8. Klasse mit praktischen Angeboten, regelmäßiger Beratung und Unterstützung sowie individueller Talentförderung begleitet. In den TalentKollegs werden talentierte junge Menschen ab Ende der Sekundarstufe I am Übergang von der Schule

in Berufsausbildung und Studium unterstützt und in Kleingruppen auf ihre nächsten Schritte fachlich vorbereitet.

Zudem bietet das NRW-Zentrum für Talentförderung Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte oder Schulsozialarbeitende an, die sich für die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Das Talentzentrum wird vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft sowie vom Ministerium für Schule und Bildung getragen.

Heute begleiten rund 110 Talentscouts an über 600 Schulen kontinuierlich 30.000 Schülerinnen und Schüler – und machen das Talentscouting zu einem der bundesweit größten Programme für mehr Chancengerechtigkeit. Die Scouts helfen dabei, individuelle Stärken zu erkennen, Perspektiven zu entwickeln und Bildungswege unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder familiärem Hintergrund zu eröffnen. Die Talentscouts, die im NRW-Zentrum für Talentförderung eine berufsbegleitende zertifizierte Weiterbildung absolviert haben, sind mittlerweile an 27 Hochschulen angesiedelt – damit sind alle Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen in das Programm eingebunden. Auch bundesweit findet das Programm Beachtung: Beispielsweise nahmen an den Qualifizierungsangeboten zuletzt auch Talentscouts aus Hessen und Berlin teil. Eine weitere Ausweitung des Talentscouting ist für 2026 vorgesehen. Die Anzahl der Kooperationsschulen soll dadurch von 615 auf 688 steigen.

Die Talentscouts kooperieren zudem erfolgreich mit der Studienstiftung des deutschen Volkes. Sie können besonders engagierte Jugendliche für ein Studienstipendium vorschlagen. Dies hat die Stipendiatenquote in Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich in die Spitzengruppe gebracht.

Nordrhein-Westfalen vergibt Großauftrag für neue Bundeswehr-Unterkünfte

Rund 270 neue Gebäude sollen in vier Jahren in Deutschland entstehen, um Platz für den personellen Aufwuchs der Bundeswehr auch im Rahmen des Neuen Wehrdienstes zu schaffen / Nordrhein-Westfalen übernimmt für Bund die Vergabe des Großauftrags

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Die Bundeswehr muss wachsen – und das schnell. Dazu bedarf es auch eines kurzfristigen Ausbaus der Infrastruktur. Nordrhein-Westfalen fällt bei diesem Vorhaben eine Schlüsselrolle zu: Die hiesige Bundesbauverwaltung übernimmt die Vergabe für einen Großauftrag, mit dem ab 2027 kurzfristig bundesweit rund 270 neue Gebäude mit jeweils rund 5.000 Quadratmetern entstehen sollen. Das zugrundeliegende Programm „G-CAP Inland“ war eines der wichtigen Themen bei der dritten Fachkonferenz Infrastruktur im Bundesverteidigungsministerium (BMVg) in Berlin, bei dem Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk am Dienstag, 7. Oktober 2025, mit Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zusammentraf.

„Als bekennender Partner der Zeitenwende steht Nordrhein-Westfalen unverrückbar an der Seite der Bundeswehr, um Deutschlands Verteidigungsfähigkeit für die Zukunft zu sichern“, erklärt Minister Dr. Optendrenk. „Das Ziel einer raschen Truppenverstärkung baut auf verlässliche Planung bei der notwendigen Infrastruktur. Diese Verlässlichkeit schafft unsere Bauverwaltung mit dem Engagement bei der G-CAP-Vergabe. Durch feste Rahmenvereinbarungen und die Planung mit modularer Bauweise sind die neuen Unterkünfte für die Bundeswehr in kürzester Zeit und ortsunabhängig abrufbereit.“

Mit dem „German Armed Forces – Contractor Augmentation Program“ (G-CAP) wurde ursprünglich die schnelle und sichere Unterbringung für Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sichergestellt. Dafür gibt es Rahmenvereinbarungen zur flexiblen und lageangepassten Bereitstellung von Feldlagern, die je nach Umfang innerhalb von 180 – 360 Tagen meist in modularer Bauweise errichtet werden können. Das bewährte Konzept wird vor dem Hintergrund der wachsenden Truppenstärke – unter anderem durch den geplanten Neuen Wehrdienst – nun auf das Inland übertragen.

Im Frühjahr 2025 hatte das BMVg in den Ländern, welche im Rahmen der sogenannten Organleihe die militärischen Bauaufgaben durchführen, nach Unterstützung in dem Großprojekt angefragt. Nordrhein-Westfalen übernimmt als einziges Land die Federführung in einem Teilprojekt von „G-CAP Inland“ und ist zuständig für die Vergabe der Planungs- und Bauleistungen. Die geplanten rund 270 neuen Gebäude sollen jeweils Platz für bis zu 240 Rekrutinnen und Rekruten bieten. Der Zeitplan ist ambitioniert: Für Vorbereitung, Vergabe, Projektentwicklung und Planung sind rund 15 Monate angesetzt, für die Bauphase der ersten Gebäude nur sechs Monate. Die

Markterkundung wurde bereits durchgeführt, das Ausschreibungsverfahren beginnt noch in diesem Jahr.

Auf das Tempo zu drücken beim militärischen Bundesbau, ist für Nordrhein-Westfalen nicht neu: Um Prozesse schlanker und Abläufe schneller zu machen, bündelt das Land seine Bundesbauverwaltung – bisher aufgeteilt auf die Oberfinanzdirektion und den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes – künftig mit dem gemeinsamen Projekt „Strukturreform EIN Bundesbau NRW“ komplett unter dem Dach des BLB NRW.

„Die öffentliche Verwaltung erlebt derzeit einen großen Modernisierungs- und Transformationsschub“, so Dr. Optendrenk. „Wir müssen Strukturen neu denken, Bekanntes aufbrechen und Synergiepotenziale heben. So machen wir unseren Staat handlungs- und leistungsfähig für künftige Herausforderungen.“

Ein Foto vom Austausch zwischen Dr. Marcus Optendrenk und Boris Pistorius können Sie hier herunterladen: url.nrw/Optendrenk-Pistorius

Gesundheitsminister Laumann: Grippeimpfung für Beschäftige in Gesundheitswesen und Pflege besonders wichtig

Sich selbst und Patientinnen und Patienten schützen / Gesundheitssystem entlasten

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Eine Influenza ist keine harmlose Erkrankung, sondern kann zu schweren Komplikationen führen und tödlich enden. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Schwangere, Personen mit Vorerkrankungen und Menschen mit geschwächtem Immunsystem und damit genau jene, die häufig in Praxen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen betreut werden. Zu ihrem Schutz und um die Funktionsfähigkeit medizinischer Einrichtungen während der Grippesaison zu sichern, rufen das Gesundheitsministerium und Partner Beschäftigte im Gesundheitswesen zur jährlichen Influenza-Impfung auf.

„Beschäftigte im Gesundheitswesen und der Pflege haben ein höheres Risiko, sich mit der Grippe anzustecken. Für ihre Patientinnen und Patienten ist die Influenza au-

ßerdem eine besondere Gefahr. Die Schutzimpfung ist nach wie vor die beste Möglichkeit, sich und andere zu schützen. Sie ist in der Regel gut verträglich, senkt das Risiko, schwer zu erkranken deutlich und verbessert gleichzeitig den Schutz der Menschen im Umfeld. Indem sie das Ansteckungsrisiko verringert, krankheitsbedingten Ausfällen vorbeugt und das Risiko von Influenzaausbrüchen innerhalb von Einrichtungen erheblich senkt, hilft sie auch dabei, medizinische Einrichtungen in der Grippesaison funktionsfähig zu halten“, so Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann.

Das Gesundheitsministerium und seine Partner, die Ärztekammern, die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen, die Krankenhausgesellschaft und der Verband deutscher Betriebs- und Werkärzte werben bei Beschäftigten im Gesundheitswesen online und offline gezielt für die Impfung und nutzen zu diesem Zweck eine gemeinsame Kommunikation unter den Slogans: „Grippeschutz ist Teamarbeit – Gesund bleiben, um zu helfen“, „ – Stark durch den Winter“ und „ – Schütze Dich – und mich!“

Stimmen der Partner

Ingo Morell, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW): „Wir appellieren an die Beschäftigten in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern, das Angebot der Impfung möglichst wahrzunehmen. Die Influenza-Impfung ist ein bewährtes Mittel, um eine Ansteckung mit dem Grippevirus zu verhindern. Deshalb empfehlen wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, einen persönlichen Impftermin wahrzunehmen und nicht hinauszuzögern. Denn die Impfung ist nicht nur Selbstschutz. Sie schränkt auch die Ausbreitung der Krankheit ein und kann die Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern vor einer Ansteckung mit dem Grippevirus bewahren.“

Dr. Dirk Spelmeyer und Anke Richter-Scheer, Dr. Frank Bergmann und Dr. Carsten König, Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigungen Westfalen-Lippe und Nordrhein: „Die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen bilden mit ihrem Impfangebot eine verlässliche Säule im deutschen Gesundheitswesen. Mit welchem Einsatz und Entschlossenheit sie das tun, hat nicht nur die Corona-Pandemie sichtbar gemacht, sondern wird auch in jeder Grippesaison eindrucksvoll deutlich. Die qualifizierten Praxisteams schützen uns als Gesellschaft mit einem umfangreichen Versorgungsangebot vor schweren und möglicherweise tödlich endenden Infektionsverläufen. Die Praxisteams erleben tagtäglich, wie wertvoll die Grippeschutzimpfung ist und gehen daher seit Jahrzehnten verantwortungsvoll voran.“

Dr. med. Johannes Gehle, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Sven Dreyer, Präsident der Ärztekammer Nordrhein und Sandra Postel, Präsidentin der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen: „Influenza-Wellen haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Grippeerkrankungen keinesfalls auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Wir warnen vor einer gefährlichen Impfmüdigkeit. Eine Grippe darf man nicht unterschätzen. Doch leider gibt es nach wie vor deutliche Impflücken – bei älteren Menschen, bei chronisch Kranken oder auch beim medizinischen Personal. Wir erinnern deshalb an die hohe Verantwortung der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Sie sind die ersten Kontaktpersonen für Patientinnen und Patienten bei allen Erkrankungen und müssen für diese Aufgabe selber fit sein – denn nicht nur bei der nächsten Grippewelle sind die Menschen auf Hilfe angewiesen."

Dr. med. Tanja Menting, Leiterin des Betriebsärztlichen Dienstes am Universitätsklinikum Bonn und Landesvorsitzende Nordrhein des Verbands deutscher Betriebs- und Werksärzte e.V.: „Aus präventivmedizinischer Sicht gibt es keine bessere Möglichkeit, als sich durch eine Impfung vor Infektionskrankheiten, wie zum Beispiel der sogenannten ‚Echten Grippe' (Influenza), zu schützen. Im Gesundheitswesen tätige Beschäftigte schützen durch die Influenzaimpfung nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Mitarbeitenden sowie Patientinnen und Patienten."

Hintergrund
Die Ständige Impfkommission (STIKO) empfiehlt die Grippeschutzimpfung aktuell insbesondere für folgende Risikogruppen:

- Menschen ab 60 Jahre
- Schwangere
- Personen mit Vorerkrankungen wie zum Beispiel chronische Erkrankungen der Atmungsorgane, Herz- oder Kreislaufkrankheiten, Diabetes
- Menschen mit geschwächtem Immunsystem
- Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen sowie
- alle, die im Gesundheitswesen arbeiten oder viel Kontakt zu an-deren Menschen haben.

Grundsätzlich gilt: Jede Impfung hilft, die Ausbreitung des Grippevirus zu bremsen. Daher ist die Impfung auch für Personen möglich, die nicht zu den Risikogruppen gehören. Viele Krankenkassen übernehmen die Impfung als freiwillige Zusatzleistung

auch hier vollständig. Die Kostenübernahme sollte mit der jeweiligen Krankenkasse geklärt werden. Viele Arbeitgeber bieten die Impfung außerdem für ihre Beschäftigten an.

Da sich die Grippeviren jedes Jahr verändern, ist eine jährliche Impfung mit einem angepassten Impfstoff nötig. Die Impfempfehlung der STIKO und weitere Informationen finden Sie unter: https://www.mags.nrw/grippeschutzimpfung

Landesregierung zeichnet familienfreundliche Kommunen in Nordrhein-Westfalen aus

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht teilt mit:

Unter dem Motto „Familie. Kommune. Zusammenhalt." würdigt die Landesregierung in diesem Jahr zum zweiten Mal Kommunen, die sich in besonderem Maße für Familienfreundlichkeit vor Ort engagieren. Im Rahmen des Wettbewerbs „Familienkommune 2025" waren Kommunen in Nordrhein-Westfalen aufgerufen, sich mit ihren familienpolitischen Gesamtkonzepten oder Einzelprojekten zu bewerben. Eine unabhängige Jury bestehend aus Vertretungen des Familienministeriums, der Wissenschaft, Familienverbänden und der Prognos AG wählte nun die vier diesjährigen Preisträger-Kommunen aus. Jede der vier Gewinner-Kommunen erhält ein Preisgeld von 10.000 Euro, um weitere familienpolitische Maßnahmen vor Ort umzusetzen.

Als „Familienkommune 2025" ausgezeichnet werden die Städte Siegen, Vreden, Lennestadt und Nettersheim.

Familienministerin Josefine Paul: „Familienleben findet zuallererst vor Ort statt. Wenn hier Kommunen innovativ und kreativ vorangehen, ist das ein Gewinn für Familien, aber auch die Attraktivität von Kommunen. Wir wollen mit der Auszeichnung die Projekte der engagierten Kommunen in ganz Nordrhein-Westfalen bekannt machen und das Engagement vor Ort würdigen. Ich gratuliere den vier Preisträger-Kommunen ganz herzlich."

Entscheidend waren für die Jury die vielfältigen und wirkungsvollen Ansätze der ausgezeichneten Kommunen:

- So beeindruckt **Siegen** mit einem modernen, familienfreundlichen Umfeld, das Familien durch ein breit aufgestelltes Familienbüro niedrigschwellige Beratung und Unterstützung direkt vor Ort bietet.
- **Vreden** setzt mit dem JugendCampus auf innovative, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und verbindet diese mit einem vielfältigen Freizeit- und Bildungsangebot für Jugendliche – inklusive eines Shuttle-Services für entlegene Ortsteile.
- **Lennestadt** zeigt, wie Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe strategisch und nachhaltig umgesetzt wird, gesteuert durch eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe und unterstützt durch das Zertifizierungsverfahren „familiengerechte Kommune“.
- **Nettersheim** verfolgt eine generationenübergreifende und partizipative Gesamtstrategie, die soziale Integration durch ein vielfältiges Programmangebot und die enge Zusammenarbeit mit Vereinen und Bürgerinnen und Bürger aktiv fördert.

Die feierliche Preisverleihung findet am 28. Oktober 2025 in Düsseldorf statt.

Erfolgreiche Teamarbeit gegen Umweltkriminalität ist Vorbild für Europa

Das Ministerium der Justiz und das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilen mit:

Bei der Staatsanwaltschaft Dortmund wurde vor zwei Jahren die Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen (ZeUK NRW) gegründet, die sich binnen kürzester Zeit zu der führenden Institution im Kampf gegen Umweltstraftaten in Deutschland und Europa entwickelt hat.

Spezialisierte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verfolgen bedeutende Fälle von organisierter Kriminalität, etwa auf den Gebieten der illegalen Abfallentsorgung, Gewässerverunreinigung oder Tierquälerei, und arbeiten eng vernetzt mit allen staatlichen Akteuren zusammen. Besondere Wirkung für die effektive Strafverfolgung hat die reibungslose Kooperation mit den Umweltbehörden, denn das Umweltstrafrecht ist auf verwaltungsrechtliche Bewertungen und Einstufungen angewiesen.

Minister der Justiz Dr. Benjamin Limbach: „Die Bekämpfung von Umweltkriminalität in Nordrhein-Westfalen ist ein Vorbild für andere Länder und findet auch in Berlin und Brüssel Anerkennung. Jetzt muss der Bund seine Hausaufgaben machen und die EU-Richtlinie zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt effektiv in nationales Recht umsetzen. Das bedeutet höhere Strafandrohungen für organisierte Umweltkriminalität, stärkere Verantwortung von Unternehmen für Straftaten im Betrieb und effektivere Geldbußen."

Umweltminister Oliver Krischer: „Umweltstraftaten sind keine Kavaliersdelikte, sondern verursachen oft Millionenschäden. Die Verbrecher verschaffen sich etwa durch illegale Entsorgung exorbitante Gewinne, für die Beseitigung der Schäden aber müssen wir alle aufkommen. Durch die hervorragende Zusammenarbeit der Behörden in Nordrhein-Westfalen ist keiner der Verbrecher mehr sicher vor Strafverfolgung."

Die ZeUK NRW hat im November 2023 ihre Arbeit aufgenommen und seitdem rund 200 Fälle herausgehobener Umweltkriminalität übernommen. Sie arbeitet insbesondere eng mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK) zusammen, das mit seinen Sondereinsatzfahrzeugen schnell die erforderlichen Untersuchungen in Boden, Luft und Wasser vornehmen kann. Beweise können so zeitnah gesichert und Schäden für Natur und Umwelt ermittelt werden.

Die Praxis in Nordrhein-Westfalen gilt als Maßstab für eine effektive Umsetzung der Ziele der Richtlinie der Europäischen Union zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt.

Diese ist durch den Bund im Wesentlichen bis zum 21. Mai 2026 in nationales Recht umzusetzen und verlangt, Verstöße gegen Straftatbestände noch wirksamer zu verfolgen und zu sanktionieren, und das sowohl gegen natürliche Personen als auch gegen Unternehmen.

Das macht im nationalen Recht die konsequente und effektive Anwendung des geltenden Umweltstrafrechts erforderlich. Entsprechend der EU-Richtlinie muss zudem der Strafrahmen für organisierte Umweltkriminalität erhöht werden, um abschreckende Sanktionen zu ermöglichen. Deutschland muss dementsprechend in der Lage sein, Unternehmen effektiv zur Verantwortung zu ziehen und Geldbußen für Unternehmen bis zu 40 Millionen Euro beziehungsweise fünf Prozent des weltweiten Gesamtjahresumsatzes zu verhängen.